



Presseschau vom 03.03.2015:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news* und *novorosinform* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform*) und *andere ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Nachts:

Gefunden bei NewsFront: Video zum Abzug der schweren Waffen durch die Volksrepubliken (deutsche Untertitel)

https://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=inBt6pkJenQ

Vormittags:

Dan-news.info: Die ukrainischen Streitkräfte haben in der letzten Nacht das Regime der Feueereinstellung achtmal verletzt. Dies teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit. „In der Nacht wurden acht Beschüsse festgestellt. Es wurde aus Granatwerfern auf die Umgebung von Donezk aus Richtung der Ortschaft Peski geschossen.“ Informationen über Opfer und Zerstörungen wurden nicht gegeben.

De.sputniknews.com: Laut Vizepremier Arkadi Dworkowitsch erwägt die russische Regierung Maßnahmen zur Lockerung des Importverbots für Lebensmittel aus der EU, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Dienstag.

Wie Wirtschaftsminister Alexej Uljukajew am Montag mitteilte, würden diese Maßnahmen den Import von Lebensmitteln aus Griechenland und Ungarn betreffen. Dennoch werden die Beschränkungen für die Einfuhr von Lebensmitteln aus diesen Ländern nicht völlig aufgehoben. Dabei soll es sich um die Verarbeitung von Lebensmittelrohstoffen handeln. „Aus einzelnen Ländern kommen Anfragen nach der Lockerung des Einfuhrverbots. Anfragen kommen auch von Unternehmen, die sich in Russland mit der Verarbeitung von

Rohstoffen beschäftigen, bei denen wir keine Ersatzstoffe haben. Wir erörtern diese Frage ernsthaft“, sagte Vizepremier Dworkowitsch am Montag.

Als Beispiel nannte er Kindernahrung aus organischen Rohstoffen, die in Russland nicht hergestellt werden. Um eine umfangreiche Aufhebung der Einschränkungen für Lebensmittellieferungen gehe es dabei nicht, so der russische Vizepremier.

Eine punktuelle Aufhebung des Importverbots für Lebensmittel aus einzelnen EU-Ländern wurde während des Besuchs des russischen Präsidenten Wladimir Putin im Februar in Budapest besprochen, teilte Putins Sprecher Dmitri Peskow mit. Eine Lockerung der Gegensanktionen sei möglich, wenn westliche Unternehmen in die Lebensmittelverarbeitung in Russland investieren. Eine völlige Aufhebung des Einfuhrverbots für einzelne Länder sei jedoch ausgeschlossen, so Peskow. „Russland kann als WTO-Mitglied nicht selektiv vorgehen“.

Wirtschaftsminister Uljukajew zufolge werden Maßnahmen gegenüber Ungarn und Griechenland erörtert, die den WTO-Normen nicht widersprechen. Es handelt sich unter anderem um die Lieferung von Bestellmaterial (wird im importierenden Land verarbeitet) und Lohnveredelung (Rohstofflieferungen mit dem weiteren Export der fertigen Produkte).

Die im August verhängten Gegensanktionen gelten für Lebensmittellieferungen aus der EU, den USA, Kanada, Australien und Norwegen. Das Einfuhrverbot gilt für Fleisch, Wurst, Fisch, Obst, Gemüse, Milchprodukte, jedoch nicht für Fleisch- und Gemüsekonserven für den Endverbraucher. Über große Investitionsprojekte von ungarischen bzw. griechischen Unternehmen in Russland ist bislang nichts bekannt. So ganz erschließt sich der Sinn hinter der „Aufhebung des Einfuhrverbots im Tausch gegen Investitionen in die Verarbeitung“ nicht, weil Konserven sowie Kindernahrung in Russland auch jetzt eingeführt werden dürfen.

Die Verluste der europäischen Unternehmen wegen des Lebensmittelembargos werden auf rund vier bis fünf Milliarden Euro pro Jahr eingeschätzt. Obwohl die größten Verluste von Finnland und den baltischen Ländern getragen werden, will vor allem Griechenland sich an Russland mit der Bitte wenden, das Einfuhrverbot für einzelne Lebensmittel wie Pfirsiche, Erdbeeren und Apfelsinen aufzuheben. Am Dienstag soll eine entsprechende Anfrage an die russische Lebensmittelbehörde Rosselchoshnadsor gerichtet werden.



Dan-news.info: Die Nacht vom 2. auf den 3. März verlief in Donezk, Gorlowka und Makejewka ruhig, Kämpfe wurden nicht festgestellt, teilten die Stadtverwaltungen mit.... Nach Informationen aus der Verwaltung der Hauptstadt der DVR sind am Morgen des 3. März 40 Transformatorunterstationen und 37 Heizwerke in den Bezirken Kiewskij, Kujbyschewskij und Petrowskij außer Betrieb, ohne Gasanschluss sind 4217 Verbraucher. In den letzten 24 Stunden haben die Spezialisten der kommunalen Unternehmen folgende Einrichtungen wieder hergestellt: 4 Transformatorunterstationen, 2 Heizwerke, 42 Gasanschlüsse.

In Gorlowka wird der städtische Transport wieder funktionsfähig gemacht. „Heute wird eine Straßenbahnlinie wieder in Betrieb genommen, morgen wird eine Trolleybuslinie wieder aufgenommen, die das Zentrum der Stadt mit der Fabrik „Stirol“ verbindet“, meldet das Bürgermeisteramt von Gorlowka.

De.sputniknews.com: Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie die Präsidenten Frankreichs und der Ukraine, Francois Hollande bzw. Pjotr Poroschenko, haben bei einem Vierer-Telefonat am Montag Russlands Präsident Wladimir Putin gebeten, die inhaftierte ukrainische Pilotin Nadeschda Sawtschenko auf freien Fuß zu setzen.

Dies geht am Dienstag aus einer Mitteilung auf der Internetseite des ukrainischen Staatschefs hervor.

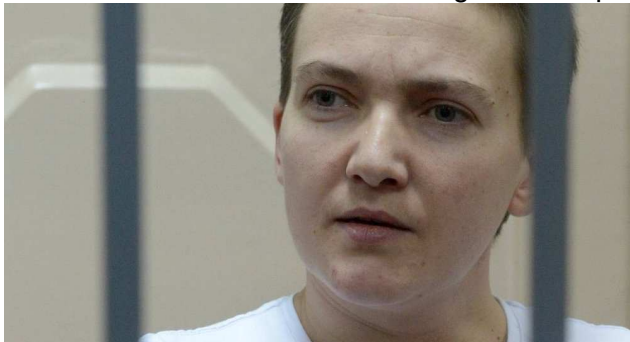
Sawtschenko, die in Russland der Beihilfe zum Mord an russischen TV-Journalisten im Donbass verdächtigt wird, befindet sich seit Juli 2014 in Haft. Sie protestiert bereits seit zwei Monaten mit einem Hungerstreik.

Am Montag verlieh der ukrainische Präsident Pjotr Poroscheno den Titel „Held der Ukraine“ an Sawtschenko.

Eine Heroisierung von Sawtschenko in der Ukraine widerspiegeln einen Verfall von Grundsätzen eines Rechtsstaates, meint der Bevollmächtigte für Fragen der Menschenrechte des russischen Außenamtes, Konstantin Dolgow.

„Poroschenko hat Sawtschenko zum ‚Helden der Ukraine‘ ernannt. Es ist eine Abwertung des ‚Heldenmuts‘ und Widerspiegelung einer völligen Degradierung rechtstaatlicher Grundsätze in diesem Land“, twitterte Dolgow am Dienstag.

Bei der vorgezogenen Parlamentswahl in der Ukraine Ende Oktober wurde die Kampfpilotin in Abwesenheit gewählt und ist nun Abgeordnete der Werchowna Rada. Die Partei Batkiwtschyna (Vaterland) der ehemaligen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko setzte sie an die Spitze ihrer Wahlliste. Zudem wurde sie als ständiges Mitglied der Rada-Delegation in die Parlamentarische Versammlung des Europarats (PACE) benannt.



Dan-news.info: Die Behörden von Donezk haben mit den Arbeiten zum Wiederaufbau der Elektro- und Gasversorgung des am meisten zerstörten Teils der Stadt begonnen – der Ortschaft Oktjabrskij, die sich nicht weit vom Flughafen befindet. Dies teilte heute der Leiter der Verwaltung der Kiewskij- und Kujbyschewskij-Bezirke der Hauptstadt der DVR Iwan Prichodko mit.

„Heute haben wir eine Kommission aus Elektrikern, Arbeitern von Reparaturbetrieben und Hausbewohnern eingerichtet. Sie begehen jedes Haus, jede Wohnung und bewerten die Art der Zerstörungen am Wohnraum der Menschen. Diese Arbeit planen wir bis zum 12. März abzuschließen“, sagte der Beamte. Nach seinen Worten beginnt danach der schrittweise Anschluss der Häuser an die Infrastruktursysteme. „Außerdem sind heute in der Ortschaft Folien geliefert worden und schrittweise werden wir beginnen, damit die Fenster abzudecken, die wegen der Beschüsse ohne Glas sind“, sagte Prichodko.

Wie Einwohner mitteilten, hat in diesem oder jenem Grad jedes Haus der Ortschaft unter dem Artilleriefeuer der ukrainischen Streitkräfte gelitten. Seit Beginn des Winters gibt es in Oktjabrskij keine Strom-, Gas- und Wasserversorgung.

De.sputniknews.com: Trotz der Waffenruhe im Donezbecken drängt die Regierung in Kiew weiter auf Waffenlieferungen aus dem Westen. Laut Außenminister Pawel Klimkin, der sich

seit Montag in Tokio aufhält, benötigt Kiew westliche Waffen für „Selbstverteidigung“. Zehn US-Senatoren, darunter John McCain, waren früher mit der Initiative aufgetreten, der ukrainischen Führung Waffen zur Verfügung zu stellen. Die USA erweisen der Ukraine bereits militärische Hilfe, die allerdings nach Angaben der US-Behörden einen „nicht-letalen Charakter“ habe.

„Es geht nicht darum, Waffen nach ihrer Wirkungskraft zu klassifizieren, sondern es muss davon ausgegangen werden, (dass betreffende Waffen – anm. d. red.) der Selbstverteidigung (der Ukraine – anm. d. red.) dienen müssen“, sagte Klimkin in einem Interview für die japanische Zeitung „Nikkei“.

Die Ausgabe verweist darauf, dass die Waffenlieferungen aus den USA an die Ukraine heute auf Radaranlagen und sonstige Technik beschränkt sind, die keine tödliche Wirkung haben. Klimkin setzt nach eigenen Worten große Hoffnungen auf Waffenlieferungen aus den USA und möchte, dass „auch andere Länder daran denken“.

Der ukrainische Minister hat sich mit dem japanischen Premier Shinzo Abe und Außenminister Fumio Kishida getroffen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Regelung in der Ukraine und die Herstellung eines dauerhaften Friedens dort.

Die meisten europäischen Politiker haben sich gegen Waffenlieferungen in die Ukraine ausgesprochen. Der deutsche Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier lehnt diese Idee als "hochriskant" und "kontraproduktiv" ab. Laut dem britischen Verteidigungsminister Michael Fallon könnten Waffenlieferungen an Kiew den Konflikt im Donbass noch mehr verschärfen. Mit dieser Meinung stimmte die italienische Verteidigungsministerin Roberta Pinotti überein.



Dan-news.info: Die Sprengtechniker des Zivilschutzministeriums haben 26 explosive Objekte aus Wohngebieten unschädlich gemacht, weitere 15 wurden in den letzten 24 Stunden gefunden, teilt der Pressedienst der Behörde mit.

„Die Techniker des Zivilschutzministeriums der DVR haben 4 Kassettenelemente von „Uragan“-Sytsemen, 3 Artilleriegeschosse vom 152mm-Kaliber und 2 weitere Geschosse aus Donezk und Debalzewo auf den Sprengplatz gebracht“, heißt es im Morgenbericht des Zivilschutzministeriums.

Im Dorf Krasnoarmejskoje im Nowoasowskij-Bezirk wurden 17 nicht detonierte reaktive Geschosse gefunden.

Außerdem wurden von der Mitarbeitern des Zivilschutzministeriums bei der Untersuchung des Geländes in Donezk 5 „Grad“-Geschosse, ein „Uragan“-Kassettenelement, eine Antipanzermine und ein Artilleriegeschoss vom 152mm-Kaliber entdeckt, in Makejewka 5 Artilleriegeschosse vom 122m-Kaliber, in Gorlowka ein „Grad“-Kassettenelement und im Dorf Schewtschenko, Schachtjorskij-Bezirk, eine Handgranate F-1.

De.sputniknews.com: Der russische Präsident Wladimir Putin hat in einem Telefongespräch der „Normandie-Vierergruppe“ „konkrete Angaben“ zum Truppenabzug im Donbass genannt, wie Kreml-Sprecher Dmitri Peskow mitteilte.

„Die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen wurde gestern in einem Telefongespräch im Normandie-Format erörtert. Wladimir Putin hat selbstverständlich konkrete Angaben dazu genannt“, sagte Peskow nach Angaben des Radiosenders RSN.

Laut dem Pressedienst der deutschen Bundesregierung haben sich die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, der russische Präsident Wladimir Putin, der französische Präsident Francois Hollande und der ukrainische Präsident Pjotr Poroschenko am späten Montagabend in einem Telefongespräch für eine Verstärkung der Rolle der OSZE in der Region ausgesprochen.

Der Pressedienst der Kreml teilte mit, dass die „Normandie-Vierergruppe“ die Frage der Gaslieferungen aus Russland in die Ukraine erörtert und hervorgehoben hat, dass die Internationale Rotkreuz-Organisation zur humanitären Hilfeleistung im Donbass herangezogen werden muss.

Laut dem Pressedienst des ukrainischen Präsidenten haben sich die Gesprächsteilnehmer darauf verständigt, OSZE-Berichte über Rechtsverstöße zu veröffentlichen.

Dan-news.info: Von Donezker Freiwilligen gesammelte humanitäre Hilfe wurde heute nach Debalzewo geschickt.

Die Ladung besteht aus Medikamenten, Kleidung, Kindersachen, Lebensmitteln, Haushaltschemikalien und Hygieneartikeln. Insgesamt sind es drei Kleinbusse.

„Die heutige Ladung besteht aus Lebensmitteln, Kleidung, Gütern des Grundbedarfs und Bettwäsche“, berichtete der Sekretär der Donezker Stadtorganisation von „Donezkaja Respublika“ Dmitrij Tschernyschew. „Jetzt fährt auch ein Tierarzt mit uns, der die in der durch die Kämpfe zerstörten Stadt zurückgelassenen Haustiere untersucht. Und am 5. März wird ein Psychologe dorthin fahren, um mit der Bevölkerung zu arbeiten.“

Die Hilfe für die Menschen in Debalzewo wurde innerhalb einer Woche im Rahmen der Aktion „Gute Nachbarn“ gesammelt, an der Mitarbeiter der Donezker Stadtverwaltung, der Organisation „Freiwillige von Donezk“ und der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ teilnahmen.

„In Debalzewo ist eine katastrophale Situation. Einige Menschen leben bis jetzt in Kellern. Sie haben nichts und können nirgends hin“, erzählte die Leiterin des Apparats der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ Jekaterina Martjanowa. „Es ist auch geplant, am 20. März einen Subbotnik durchzuführen, an dem Vertreter aller Abteilungen der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ teilnehmen. Sie werden bei der Herstellung von Ordnung helfen“.

Nachmittags:

Lug-info.com: Auf die Kiewer Gerichte, die den Klagen von Luganskern gegen die Regierung der Ukraine über die Anerkennung der Rechtswidrigkeit des Erlasses über die zeitweilige Ordnung der Finanzierung des nicht von Kiew kontrollierten Territoriums stattgegeben haben, wird Druck ausgeübt. Dies erklärte die Leiterin des ausführenden Komitees der Lugansker Organisation der gesellschaftlichen Bewegung „Mir Luganschtschine“ Antonina Kusmenko.

Wir erinnern daran, dass am 11. Februar 2015 das Gerichtskollegium des Verwaltungsgerichtshofs Kiews eine Klage von Einwohnern der Stadt Lugansk angenommen hat, deren Interessen ein Institut vertraut – gegen das Kabinett der Ukraine unter Beteiligung Dritter (Sozialministerium, Finanzministerium, Rentenfonds) bezüglich der Rechtswidrigkeit eines Erlasses der Kabinetts der Ukraine vom 7.11.14 über das Einfrieren der Zahlungen

von Renten und Sozialleistungen an die Bürger, die nicht in die Zone der sogenannten „ATO“ reisen.

„Der Gerichtshof ist der Klage teilweise nachgekommen und änderte Punkt 2 der Zeitweisen Ordnung zur Finanzierung der Oblaste Donezk und Lugansk, die durch den o.g. Erlass des Kabinetts bestätigt wurde. Dies bedeutet, dass nach Inkrafttreten der Entscheidung des Gerichts alle Rentner, Waisen, alleinstehenden Mütter, Teilnehmer des Großen Vaterländischen Kriegs und der Liquidierung der Havarie in Tschernobyl, behinderte Kinder und andere berechnete Kategorien von Bürgern ihre gesetzmäßigen Zahlungen erhalten müssen und der Staat verpflichtet ist, ihnen die Gelder nachzuzahlen, die sie seit Juli 2014 nicht erhalten haben“, sagte Kusmenko.

„Nach Angaben des Instituts für Rechtspolitik und soziale Verteidigung veranlasste nach der Entscheidung des Gerichts die Generalstaatsanwaltschaft gemeinsam mit dem Sicherheitsdienst der Ukraine eine Durchsuchung der Wohnung des Richters und der Gerichtsbüros. Gleichzeitig hat der Abgeordnete der Ukraine Wlasenko eine Gesetzesvorlage in die Oberste Rada eingebracht, den Kreisgerichtshof von Kiew und den Petscherkij-Bezirksgerichtshof von Kiew aufzulösen“, sagte sie.

„Es wird härtester Druck auf das Gericht ausgeübt. Ähnliche Klagen haben auch Donezker eingebracht. Das Gesetz ist auf der Seite der Kläger, das heißt, es muss rechtswidriges Handeln geahndet werden“, sagte Kusmenko.

Sie ist der Auffassung, dass die Verzögerung des Prozesses mit Hilfe von Berufungen, Verschiebungen und Auflösung von Einrichtungen den Beklagten nicht helfen wird. Kusmenko berichtete, dass das „Ausführende Komitee des Lugansker Stadtrats seit längerer Zeit mit der Abgeordneten der Obersten Rada Irina Bereshnaja in der Frage der Rechtspolitik und des Schutzes sozialer Rechts und Freiheit der Bürger der Ukraine zusammenarbeitet. Irina Bereshnaja hat mehrfach Material über die Verletzung von Menschenrechten von Einwohnern von Lugansk an die OSZE, das EU-Parlament, Botschafter Europäischer Staaten in der Ukraine, an die Rechtsschutzorgane der Ukraine gegeben.

„Irina Bereshnaja ist eine Luganskerin. Deshalb und wegen früherer Verbindungen und weil im November 2014 auf Initiative von Bereshnaja und unter ihrer Beteiligung das Institut für Rechtspolitik und soziale Verteidigung gegründet wurde, hat sich unsere Abteilung zu Fragen der Arbeit und der sozialen Sicherheit der Bevölkerung des Lugansker Stadtrats und Bürger der Stadt und Lugansk an das Institut gewandt mit der Bitte ihre Interessen bezüglich der Rechtsverletzungen zu vertreten. In Zusammenhang damit hat das Institut eine entsprechende Klage bei Gerichtshöfen der Ukraine eingereicht“, sagte Kusmenko.

Dan-news.info: Die Beseitigung von Minenfeldern, die von den ukrainischen Streitkräften in der DVR zurückgelassen wurden, kann einige Jahre in Anspruch nehmen, erklärte heute der offizielle Vertreter der DVR in der Kontaktgruppe Denis Puschilin.

„Eine große Fläche wurde vermint, Karten haben selbst die Streitkräfte der Ukraine nicht, weil es bei ihnen verstreute Abteilungen, territoriale Bataillone gibt, die ohne ausreichenden Austausch von Informationen tätig sind“, sagte Puschilin in einer Sendung von „Rossija 24“.

„Es gibt viele Fälle, wo sie auf ihre eigenen Minen geraten sind. Man muss sagen, dass bei solchen Problemen der Prozess der Entminung ein Problem für Jahre ist“.

Die Beräumung der Minenfelder ist insbesondere dringend nötig für die Landwirtschaft der DVR, weil viele Minen von den ukrainischen Streitkräften auf Ackerland verlegt wurden.

Diese Entminungsarbeiten werden im Frühjahr beginnen.



Dan-news.info: Ein Freiwilliger aus der deutschen Stadt Dresden, Lothar Geubert, hat den Einwohnern des Donbass mehr als 800 kg Hilfe gebracht. Dies berichtete er heute gegenüber Journalisten.

„In Deutschland gibt es viele Menschen, die den Einwohnern Novorossias helfen wollen. Ich bin ein Vertreter von gesellschaftlichen Vereinigungen aus Dresden und habe Medikamente, Lebensmittel, Kleidung und Kindersachen gebracht“, erklärte Geubert.

Nach seinen Worten haben die Hilfe bereits Patienten und medizinische Mitarbeiter des republikanischen Tumorzentrums erhalten, 100 Pakete mit verschiedenen Waren werden heute in Debalzewo übergeben.

Geubert teilte auch mit, dass in den nächsten Tagen auch Flüchtlinge aus Debalzewo und Uglegorsk humanitäre Hilfe erhalten, die in Wohnheimen in Donezk leben.

Der Freiwillige aus der BRD berichtete auch über seine Eindrücke über die Fahrt in die DVR. Insbesondere erzählte er, dass er die längere Route über Russland gewählt hat statt durch das Territorium der Ukraine zu fahren.

Dan-news.info: Die Behörden von Donezk halten die Preise auf den Märkten der Hauptstadt der Republik für Spekulationspreise. Dies erklärte heute der Leiter der Stadtverwaltung von Donezk Igor Martynow.

„Bezüglich der Preise ist das gewöhnliche Spekulation. Wir erwarten das Sinken der Preise. In der nächsten Zeit werden Treibstoff und Lebensmittel billiger“, erklärte Martynow.

Der Bürgermeister sagte auch, dass Donezk nicht ohne Lebensmittel bleibt. Er erinnerte daran, dass am Vortrag die Wirtschaftsministerin Jewgenija Samichina erklärt hatte, dass ein Mechanismus zum Import von Lebensmitteln aus der RF ausgearbeitet wird.

Dan-news.info: Die Vorbereitung der Aussaatkampagne hat in der DVR begonnen, berichtete der Landwirtschaftsminister der DVR Maxim Sawenko.

„Zurzeit umfasst das Ackerland in der DVR 216.000 Hektar, davon ist für dieses Jahr geplant 173.000 Hektar zu nutzen“, sagte der Minister.

Nach seinen Worten ist das Grundproblem der derzeitigen Aussaatkampagne das Defizit an Stickstoffdünger. Die Gorlowker Fabrik „Stirol“, die diesen herstellt, arbeitet zurzeit nicht, deswegen ist die einzige Quelle für den Dünger die RF, erklärte Sawenko.

De.sputniknews.com: Die ukrainische Regierung will ab April den Gaspreis für die Bevölkerung verdreifachen. Die drastische Erhöhung ist Teil einer Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und soll die Voraussetzung für Kredite schaffen. Die Regierungskommission für Energie hat am Dienstag beschlossen, den Gastarif für private Verbraucher auf 3600 Griwna (ca. 132 US-Dollar) je 1000 Kubikmeter zu erhöhen, wie die Nachrichtenagentur Unian meldet. Der Tarif gilt für die Wintersaison (vom 1. Oktober bis 30. April) und eine maximale Verbrauchsmenge von 200 Kubikmeter im Monat. Vom 1. Mai bis 30. September sowie bei der Überschreitung der maximalen Verbrauchsmenge wird jedes Kubikmeter 7188 Griwna (ca. 260 US-Dollar) kosten. Bereits im Mai hatte die damalige ukrainische Übergangsregierung, die nach dem Umsturz von Februar 2014 die Macht in Kiew ergriffen hatte, den Gaspreis für private Haushalte um 50 Prozent erhöht.

Lug-info.com: Die LVR ist bereit in vollem Umfang die Lieferung des benötigten Gases direkt zu bezahlen, wenn Kiew die ökonomische Blockade aufhebt. Dies erklärte heute der Vorsitzende des Ministerrats der LVR Gennadij Zypkalow.

„Wir können uns selbst in vollem Umfang absichern, wir haben Industrie, es gibt große Potentiale zur Lebensmittelproduktion, wir können mit anderen internationalen Unternehmen handeln und wir können für die das benötigte Gas bezahlen“, sagte er. Aber das ist nach den Worten des Premierministers nur möglich nach einer Aufhebung der ökonomischen Blockade durch Kiew, weil die LVR derzeit, da sie ein nicht anerkannter Staat ist, nicht die Möglichkeit hat, auf den internationalen Markt zu gehen und internationale Verträge abzuschließen.

Deshalb steht an erster Stelle die Frage der Aufhebung der ökonomischen Blockade. Nur danach kann die LVR selbst wählen, mit wem sie einen Vertrag zur Lieferung von Gas abschließt – mit der Ukraine, Russland oder anderen Ländern.

„Wenn die ökonomische Blockade aufgehoben wird, können wir in Absprache mit der Ukraine über ukrainisches Territorium auf die internationalen Märkte gehen und einen Vertrag abschließen, sowohl mit der Ukraine als auch mit Russland und anderen Ländern“, sagte der Premier.

Dnr-online.ru: Am 24. Februar 2015 hat der Abgeordnete der Obersten Rada K. W. Matejtschenko eine Gesetzesvorlage bezüglich einer Änderung im Strafgesetzbuch der Ukraine in das ukrainische Parlament eingebracht, die die strafrechtliche Verfolgung von Personen für Handlungen vorsieht, die auf „die Untergrabung der Autorität des Staates und seiner Machtorgane“ gerichtet sind.

Das Außenministerium der DVR drückte äußerte Beunruhigung über diese Tatsache aus. Wir meinen, dass die ukrainische Regierung mit solchen Handlungen ihre Entschlossenheit zur planmäßigen Vernichtung der Ukraine als demokratischen Staat, dem das Recht jedes Bürgers zur freien Meinungsäußerung zugrunde liegt, demonstriert.

Wir verurteilen solche Handlungen Kiews entschieden. Wir erinnern daran, dass die Bestimmungen der o.g. Gesetzesvorlage gegen die Allgemeine Deklaration der Menschenrechte, internationale Verträge über bürgerliche und politische Rechte, internationale Verträge über ökonomische, soziale und kulturelle Rechte verstößt.

Wir rufen die internationale Öffentlichkeit auf, ihre Aufmerksamkeit auf die Handlungen der ukrainischen Regierung zu richten und sie adäquat entsprechend den weltweiten Normen der Demokratie zu bewerten.

De.sputniknews.com: Der ukrainische Präsident Pjotr Poroschenko hat in einem Telefongespräch mit dem Vorsitzenden des Europäischen Rates, Donald Tusk, darum gebeten, dass die Europäische Union ihren Einfluss auf die Teilnehmer der Minsker Verhandlungen weiter geltend macht.

Beim Telefonat ging es um die Möglichkeit, Ende April in Kiew einen EU-Ukraine-Gipfel durchzuführen.

Dem ukrainischen Staatschef zufolge hat die Volkswehr „keine stabile und umfassende Waffenruhe“ sichergestellt. Poroschenko machte die Volkswehr dafür verantwortlich, dass es „keinen Abzug schwerer Waffen unter Überwachung und Verifizierung durch die OSZE“ gegeben hat.

Poroschenko rief die EU auf, von verfrühtem Optimismus abzusehen und Einfluss auf die Unterzeichner der Minsker Vereinbarungen weiter auszuüben, damit sie ihre Verpflichtungen vollständig erfüllen.

Dan-news.info: Kiew hat zugesagt, den Abzug schwerer Waffen von der Abgrenzungslinie der Seiten im Donbass bis zum 7. März abzuschließen. Dies erklärte der offizielle Vertreter der DVR in der Kontaktgruppe Denis Puschilin telefonisch gegenüber DAN.

Nach seinen Worten empfindet er „verhaltenen Optimismus“ bezüglich der Ergebnisse der heute stattgefundenen Videokonferenz der Kontaktgruppe. „Über einige Punkte konnte Übereinstimmung erzielt werden. Hauptergebnis war die Bestätigung der Pläne zum Abzug der Technik bis zum 7. März durch die ukrainische Seite. Sie haben zugesagt diese Frist einzuhalten“, sagte Puschilin.

„Für uns das sehr wichtig“, sagte er, „weil wir den Abzug vorfristig abgeschlossen haben“. Die Frage des Austauschs von Gefangenen wird nach seinen Worten „beim nächsten Treffen der Kontaktgruppe in den nächsten Tagen erörtert werden“.

Dan-news.info: Im Rahmen der Kontaktgruppe zur friedlichen Regelung wurde bis jetzt die Arbeit der themengebundenen Untergruppen nicht organisiert, deren Schaffung im Maßnahmekomplex zur Realisierung der Minsker Vereinbarungen vorgesehen ist. Dies erklärte der offizielle Vertreter der DVR in der Kontaktgruppe, der stellvertretende Sprecher des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin.

„Die ukrainische Seite weigert sich aus mir unbekanntem Gründen, ihre Vertreter für diese Untergruppen einzuteilen“, sagte der Politiker. Er fügte hinzu, dass die nächste Videokonferenz der Mitglieder der Kontaktgruppe in den „nächsten Tagen“ erwartet wird. Zuvor hatte Puschilin erklärt, dass von Seiten der DVR und der LVR die Teilnehmer der Unterarbeitsgruppen schon festgelegt wurden und mit vorbereitenden Ausarbeitungen zu bestimmten Fragestellungen begonnen haben.

De.sputniknews.com: Vor dem Hintergrund der Waffenruhe hat der ukrainische Rüstungskonzern Ukroboronprom dem Militär modernisierte Panzer für den Kriegseinsatz im Donezbecken übergeben.

„Ukroboronprom hat der Nationalgarde und dem Verteidigungsministerium eine neue Partie von Panzern des Typs T-64B (B1) übergeben. Die Panzer sind zum Einsatz in der Zone der Anti-Terror-Operation bereit“, teilte der Konzern am Dienstag mit. Zur Zahl der Kampffahrzeuge, die im Panzerwerk Charkow modernisiert worden waren, machte das

Unternehmen keine Angaben.



Dan-news.info: In Debalzewo hat die Entladung und Ausgabe der aus Donezk gelieferten humanitären Hilfe begonnen... Außerdem wurden Medikamente in die Stadt gebracht. Sie sind schon alle im Apothekenpunkt in der Stadtverwaltung ausgeladen und werden an das zentrale städtische Krankenhaus übergeben, dessen Patientenzahl ständig wächst, berichteten Mitarbeiter der Stadtverwaltung von Debalzewo.

Zurzeit werden in Debalzewo die Elektro- und Wasserversorgungssysteme wiederhergestellt. „Morgen wird möglicherweise die Unterstation von Debalzewo in Betrieb genommen und wir werden dann langsam den Strom wieder in den Häusern anschließen können. Ebenfalls wurde begonnen wieder Wasser zu liefern“, sagte der stellvertretende Bürgermeister von Debalzewo Dmitrij Klimenko.

Gestern wurden in Debalzewo Wohnheime eröffnet. Dorthin zogen Frauen mit Kindern, die ohne Dach über dem Kopf sind.

Wie Klimenko erklärte, braucht die Stadt angesichts der kürzlichen Kämpfe eine große Menge Baumaterialien.

„Sehr nötig sind Baumaterialien, weil es in der Stadt viele Zerstörungen gibt, eine große Zahl von Häuser muss einfach neu gebaut werden“, sagte der stellvertretende Bürgermeister von Debalzewo.

In der Stadtverwaltung von Debalzewo wurde auch berichtet, dass trotz der kürzlichen Kämpfe in der Stadt und deren halbzerstörten Zustand ständig Einwohner zurückkehren. Menschen, die vor den Schrecken des Krieges geflohen sind, kehren in ihre halb zerstörten Häuser zurück.

De.sputniknews.com: Laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin wird der russisch-weißrussische Unionsstaat auch weiterhin als Mechanismus zum „Einfahren“ von Integrationsprozessen im postsowjetischen Raum dienen.

„Ich bin überzeugt, dass der Unionsstaat auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen wird, darunter auch als Mechanismus zum ‚Einfahren‘ zukunftssträchtiger Projekte und Modelle“, sagte Putin am Dienstag in einer Sitzung des Obersten Staatsrates des Unionsstaates Russlands und Weißrusslands.

Der Präsident verwies darauf, dass am 8. Dezember vorigen Jahres der 15. Jahrestag des Vertrages über die Gründung des Unionsstaates begangen wurde. Dieses strategisch wichtige Dokument habe den Grundstein für die Integration gelegt und für eine dynamische Entwicklung der russisch-weißrussischen Beziehungen gesorgt, so Putin.

„Das Unions-Projekt hat in der vergangenen Zeit seine Nützlichkeit und Lebensfähigkeit bewiesen“, sagte der Präsident. Ihm zufolge wurden dafür eine vertragsrechtliche Basis geschaffen und mehr als 150 Abkommen geschlossen, die faktisch alle Schlüsselaspekte

der bilateralen Zusammenarbeit regeln. Die erfolgreichen Erfahrungen beim Zusammenwirken im Rahmen des Unionsstaates haben zur Vertiefung der Integrationsprozesse im Raum der GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) beigetragen, so der russische Präsident.

„Viele russisch-weißrussische Erfahrungen wurden bei der Gründung der Zollunion — des gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Russland, Weißrussland und Kasachstan — und später auch der Eurasischen Wirtschaftsunion genutzt, die am 1. Januar dieses Jahres ihre umfassende Tätigkeit aufgenommen hat“, so Putin.

Dnr-online.ru: Der Vorsitzende der Partei „Rodina“ Alexej Schuraljow nannte die ökonomische Blockade des Donbass ein Genozid. „Es läuft eine ökonomische Blockade, Gas wird abgeschaltet. Wie soll man sich dazu verhalten? Das ist faktisch ein Genozid. Die Herstellung von für das Leben maximal ungünstigen Bedingungen – dahin strebt das offizielle Kiew, aber nicht zu Vereinbarungen“, sagte Alexej Shuraljow.

Nach Meinung des Politikers versteht Kiew, dass es das Territorium des Donbass verloren hat. Gewaltsame Methoden zur Lösung des Problems drängen transatlantische Puppenspieler der Kiewer Regierung auf. „Warum sich an die Griwna binden, die durch nichts abgesichert ist? Kiew blockiert alle Zahlungen, alle finanziellen Operationen. Wie kann man damit arbeiten? Auf der Krim war die Griwna auch für einige Zeit in Umlauf. Aber nicht lange. Sobald die Entscheidungen getroffen und ökonomische Mechanismen ausgearbeitet sind, ist der Übergang auf eine andere Währung keine große Arbeit.“ Auf die Frage, auf wen sich die Wirtschaft des Donbass orientieren wird, antwortete der Politiker, dass dies nicht Kiew sein könne, weil Kiew alle Anstrengungen unternimmt, um die Wirtschaft des Donbass zu zerstören. So wie Russland auf der politischen Ebene seine Sympathien gegenüber den Milizen nicht verbirgt und ihr Recht auf die Verteidigung des eigenen Landes unterstützt, so ist Russland auch auf dem ökonomischen Gebiet interessiert und bereit, den jungen Republiken jegliche Unterstützung zu geben. „Es muss alles getan werden, damit die Ökonomie funktioniert. Das liegt im Rahmen unserer Kräfte, wir sind ein großes und starkes Land.“, sagte Alexej Shuraljow.

Abends:

De.sputniknews.com: Die Kanzlei des ukrainischen Präsidenten hat der russischen Agentur RIA Novosti die Akkreditierung für eine Pressekonferenz von Pjotr Poroschenko zu den Ergebnissen seiner Verhandlungen mit Italiens Regierungschef Matteo Renzi verweigert. Die Agentur stehe auf der „schwarzen Liste“ russischer Medien, teilte die Kanzlei am Dienstag mit.

„Sie stehen auf der Liste“, bestätigte die Sprecherin des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU, Jelena Gitljanskaja. Auf die Frage, für welche offizielle Veranstaltungen RIA Novosti sich akkreditieren lassen kann, sagte sie: „Für keine.“

Zuvor hatte der SBU eine Liste von 115 russischen Medien zusammengestellt, die nicht auf dem Territorium der Ukraine tätig sein dürfen. Moskau bezeichnete diesen Schritt als eine weitere Etappe des Informationskrieges gegen Russland. Dmitri Kisseljow, Generaldirektor der Agentur Rossiya Segodnya, die das Markenzeichen RIA Novosti besitzt, stufte den Beschluss als einen krassen Verstoß gegen die Medienfreiheit ein.

Dan-news.info: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Seit dem Sommer beträgt die Zahl der wiederhergestellten Beutetechnik 100 Stück. Es gibt

viel Beutetechnik. Ein Teil davon wurde einfach zurückgelassen, obwohl sie völlig in Ordnung ist und sich in voller Kampfbereitschaft befindet.“

Nach den Worten des ersten stellvertretenden Direktors der Fabrik zur Wiederherstellung von Militärtechnik befassen sich die Spezialisten nicht nur mit Reparaturarbeiten schwerer Waffen. Mit der Reparatur der Technik findet auch eine gewisse Modernisierung statt. Demnach sei dank dieser Modernisierung die Militärtechnik der DVR leicht von der ukrainischen zu unterscheiden. ...

Im Durchschnitt dauere die Reparatur einer Technikeinheit vier bis fünf Tage, maximal bis zu 30 Tagen. An einer Technikeinheit arbeiten ca. 4-5 Menschen.

Die ukrainischen Streitkräfte führen die OSZE-Beobachter auf verschiedene Weise in die Irre und verbergen vor ihnen die Verletzungen der Minsker Vereinbarungen, erklärte Eduard Basurin.

„Daten abgefangener Funksprüche bestätigen deutlich, dass die ukrainischen Streitkräfte nicht vor haben, ihre schwere Technik von den Frontpositionen abzuziehen“, erklärte Basurin. „Mehr noch, in jeder Art täuschen sie und führen die Beobachtermission der OSZE in die Irre“.

Zur Bestätigung seiner Woche zitierte der stellvertretende Kommandeur die dechiffrierten Gespräche von Vertretern des ukrainischen Kommandos mit dem Kommandeur einer Artillerieabteilung, der vor der Ankunft von OSZE-Vertretern und von der Notwendigkeit Spuren von kürzlichen Beschüssen zu beseitigen informiert wurde, insbesondere seien Spuren von Ausrüstung zu beseitigen, Hülsen von abgeschossenen Geschossen zu sammeln und zu verbergen.

„Neben dem vorgestellten Funkspruch wurde durch gestern auf die Seite der Volksmiliz übergegangene ukrainische Soldaten bekannt, dass den Kommandeuren der Abteilungen in der Operationszone der Befehl ausgegeben wurde, unter beliebigen Vorwänden die OSZE-Beobachter nicht an den Ort der Stationierung von Waffen und Technik zu lassen“, fügte Basurin hinzu. Gemäß den erhaltenen Informationen, schreibt das Kommando den Soldaten vor, Daten über Bewegungen der Beobachter zu sammeln und unmittelbar an der Stab der sogenannten „ATO“ zu übermitteln.

„Die Unwilligkeit der ukrainischen Seite, die schweren Waffen von den Frontpositionen an der Kontaktlinie abzuziehen, ist nicht nur uns bekannt, sondern auch den Vertretern der OSZE-Mission.“ In Zusammenhang damit schlug er vor, zur Erörterung der Vorschläge der Führung der DVR zurückzukommen, die für die Organisation der Arbeit an den Positionen beider Konfliktseiten an der gesamten Kontaktlinie durch Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feuereinstellung und der OSZE-Mission eingetreten war.

„Die Realisierung unserer Vorschläge wird helfen, die Transparenz der Beobachtung des Regimes der Feuereinstellung und des Abzugs schwerer Waffen zu sichern, das heißt, sie wird eine möglichst schnelle Herstellung von Frieden in der Region unterstützen“, unterstrich Basurin.

„Die Kämpfe sind allen Teilen an der ganzen Kontaktlinie beendet. Aktuell wurden von uns 11 Verletzungen des „Regimes der Ruhe“ durch die ukrainische Seite festgestellt.“

„Der größte Teil der Provokationen erfolgte von Seiten der Positionen der ukrainischen Truppen im Bereich der Ortschaften Bodjanoje, Opytnoje und Peski, von wo aus sechsmal die Positionen der Armee der DVR im Bereich des Donezker Flughafens beschossen wurden.“ Weitere fünf Mal wurde ungeordnetes und nicht zielgerichtetes Feuer auf die Ortschaften Gorlowka und Spartak eröffnet. Nach vorläufigen Angaben wurden 5 Soldaten der DVR verletzt.

Nach den Worten Basurins „bestätigen die nächtlichen Beschüsse der Positionen der Armee der DVR und ziviler Siedlungen ein weiteres Mal, dass die ukrainische Seite nur den Anschein des Abzugs von Technik von der Kontaktlinie erweckt und sie dann auf die zuvor eingenommenen Positionen zurückbringt“.

„Die Mobilisierung geht weiter, wir haben nicht gesagt, dass sie beendet wird. Im Rahmen der Mobilisierung hat neben der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Landes nun die Auswahl der besten Kader für die Ausfüllung ziviler Aufgaben begonnen.“ Basurin erklärte, dass die Arbeit zur Auswahl der Rekruten in den Militärkommissariaten qualitativ verbessert

wurde und dies es erlaubt, die Auffüllung des Personals mit Kadern zu sichern, die optimal geeignet für den Dienst sind.

Die Milizen haben in den letzten 24 Stunden in Makejewka, Gorlowka und Jelenowka mehr als 100 explosive Objekte entdeckt, die auf Sprengplätze gebracht und vernichtet wurden. Außerdem haben sich in den letzten 24 Stunden die Kräfte der Volksmiliz auf den schnellstmöglichen Wiederaufbau der lebenswichtigen Einrichtungen in den Ortschaften konzentriert, die im Verlauf der Kämpfe beschädigt wurden. Insbesondere haben Reparaturbrigaden aus Kämpfern der Milizen die Wasserversorgung in Jasinowataja und Ulegorsk wiederhergestellt.

Basurin erzählte auch, dass die Milizen die Arbeiten zur Übernahme der von den ukrainischen Streitkräften zurückgelassenen Technik weiterführen. Aus dem Bezirk Nowogrigorowka wurden zwei Panzer, drei Batterien, ein Artilleriegeschütz und vier Militärfahrzeuge weggebracht, die nach der Reparatur zur Bewaffnung der DVR kommen werden.